

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/2340 –**

**Stärkung der beruflichen Bildung – Strukturierte Berufsorientierung
ermöglichen und gleichwertige Qualifikationen konsequent sicherstellen**

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Nicole Gohlke, Pascal Meiser, Jessica
Tatti, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/2335 –**

Ausbildungsplätze schaffen und gute Ausbildungsqualität sichern

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass zwischen 2007 und 2020 das Ausbildungsplatzangebot um ein Fünftel und die entsprechende Nachfrage um ein Viertel gesunken seien, während die Zahl der Studierenden zeitgleich um über 50 Prozent gestiegen sei. Der Mangel an ausgebildeten Fachkräften werde sich in Zukunft noch verstärken. Hinzu komme die Passungsproblematik am Ausbildungsmarkt, welche auch eine Folge des Ungleichgewichts zwischen beruflicher und akademischer Bildung sei. Durch den seit 2013 geltenden DQR solle eigentlich die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen gewährleistet werden. Ein Meisterbrief bzw. Technikertitel entspreche laut DQR einem Bachelorabschluss. Trotz dieser Regelungen gebe es erhebliche Unterschiede bei der Vergütung und dem Zugang zum Arbeitsmarkt.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. macht darauf aufmerksam, dass die duale Ausbildung nicht erst seit der Corona-Pandemie unter Druck stehe. Schon lange zuvor hätten weniger als 20 Prozent der Betriebe ausgebildet. 2020 sei die Zahl nochmals um 1,4 Prozent auf 419.700 gesunken. Es sei zu befürchten, dass dieser Trend dauerhaft dramatische Auswirkungen auf die Fachkräftesicherung haben werde.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der CDU/CSU fordert, dass die Bundesregierung eine nationale Offensive in der Berufsorientierung startet und zudem wesentliche Maßnahmen ergreift, um die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Qualifikationen noch deutlicher zu stärken sowie die Durchlässigkeit zwischen den Berufsbildungssystemen weiter zu fördern.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/2340 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. fordert von der Bundesregierung unter anderem einen Gesetzentwurf, der einen Rechtsanspruch auf Ausbildung verankert und allen Menschen die Aufnahme einer vollqualifizierenden, mindestens dreijährigen Ausbildung garantiert. Mit einem weiteren Gesetzentwurf soll eine solidarische Umlagefinanzierung eingeführt werden, die alle Betriebe für die Finanzierung der Ausbildung junger Menschen in die Pflicht nimmt und die Ausbildungskapazitäten krisensicher macht.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/2335 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 20/2340 abzulehnen.
- b) den Antrag auf Drucksache 20/2335 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2022

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kai Gehring
Vorsitzender

Jessica Rosenthal
Berichterstatterin

Stephan Albani
Berichterstatter

Dr. Anja Reinalter
Berichterstatterin

Friedhelm Boginski
Berichterstatter

Nicole Höchst
Berichterstatterin

Nicole Gohlke
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jessica Rosenthal, Stephan Albani, Dr. Anja Reinalter, Friedhelm Boginski, Nicole Höchst und Nicole Gohlke

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/2340** in seiner 44. Sitzung am 23. Juni 2022 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/2335** in seiner 44. Sitzung am 23. Juni 2022 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass zwischen 2007 und 2020 das Ausbildungsplatzangebot um ein Fünftel und die entsprechende Nachfrage um ein Viertel gesunken seien, während die Zahl der Studierenden zeitgleich um über 50 Prozent gestiegen sei. Der Mangel an ausgebildeten Fachkräften werde sich in Zukunft noch verstärken. Hinzu komme die Passungsproblematik am Ausbildungsmarkt, welche auch eine Folge des Ungleichgewichts zwischen beruflicher und akademischer Bildung sei. Durch den seit 2013 geltenden DQR solle eigentlich die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen gewährleistet werden. Ein Meisterbrief bzw. Technikertitel entspreche laut DQR einem Bachelorabschluss. Trotz dieser Regelungen gebe es erhebliche Unterschiede bei der Vergütung und dem Zugang zum Arbeitsmarkt.

Die Bundesregierung solle im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel aufgefordert werden,

- als Reaktion auf erhebliche Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt und durchgehend hohe Studienabbrecherquoten das vorhandene Fachkräftepotenzial durch eine nationale Offensive in der Berufsorientierung zu heben und damit begleitende Angebote in allen Bildungssektoren und Leistungsstufen zu schaffen, auszubauen und zu modernisieren. Es gelte unter anderem,
 - digitale Angebote der Berufsorientierung stärker mit bestehenden Lernplattformen zu verknüpfen, um die Zielgruppe interessengeleitet und möglichst unmittelbar zu erreichen,
 - durch Anwendungen von Künstlicher Intelligenz neue Formen des „Matchings“ auszubauen; Begleitung und Unterstützung durch Lehrkräfte oder weitere öffentliche Beratungsstellen sind hierfür nötig,
 - Informationen der Bildungsberatung transparent und gebündelt darzustellen und ein System zu schaffen, in dem sämtliche Maßnahmen der Berufsorientierung aufeinander aufbauend einen strukturierten, individuellen Suchprozess ermöglichen,
 - einen gebündelten, transparenten Überblick über das lokale und regionale Angebotsspektrum zu schaffen, z. B. durch die Förderung von entsprechenden Portalen, damit Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulen und alle Akteure am Übergang Schule – Beruf Informationen der verfügbaren Berufsorientierungsangebote erhalten,
 - dass im August 2020 für Betriebe gestartete Förderprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ angesichts der weiterhin bestehenden besonderen wirtschaftlichen Unsicherheit befristet fortzuführen;

- vor dem Hintergrund des sich drastisch verschärfenden Fachkräftemangels wesentliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Qualifikationen noch deutlicher zu stärken sowie die Durchlässigkeit zwischen den Berufsbildungssystemen weiter zu fördern und dazu unter anderem,
 - gemeinsam mit den Ländern den DQR rechtlich zu verankern und seine Rolle als Transparenzinstrument festzuschreiben, wesentliche Rechtsbegriffe wie „Kompetenz“ oder „Lernergebnisse“ einheitlich und rechtssicher zu definieren, missbräuchliche Verwendungen des DQR einzuschränken, die Zuordnungsverfahren bezüglich der Inhalte des DQR zu regeln, eine Qualitätssicherung zu verankern und die Einbeziehung aller relevanten Akteure der Allgemeinbildung, der Hochschulbildung und der beruflichen Aus- und Weiterbildung, der Sozialpartner und Wirtschaftsorganisationen sowie weiterer Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis auch zukünftig zu gewährleisten,
 - das Berufsbildungsgesetz in Bezug auf den DQR zu novellieren, bei den Regelungen zu den Ausbildungsordnungen eine Verpflichtung zur Zuordnung zum jeweiligen DQR-Niveau einzuführen, die Ausweisung des DQR-Niveaus auf Zeugnissen (und Zertifikaten) bundesweit einheitlich zur Regel machen und dieses Gesetz insgesamt an die Kompetenzorientierung des DQR anzugleichen sowie
 - dem Deutschen Bundestag bis zum 31. Oktober 2022 über den noch offenen zweiten Schritt des DQR-Umsetzungsprozess zu berichten.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. macht darauf aufmerksam, dass die duale Ausbildung nicht erst seit der Corona-Pandemie unter Druck stehe. Schon lange zuvor hätten weniger als 20 Prozent der Betriebe ausgebildet. 2020 sei die Zahl nochmals um 1,4 Prozent auf 419.700 gesunken. Es sei zu befürchten, dass dieser Trend dauerhaft dramatische Auswirkungen auf die Fachkräftesicherung haben werde.

Die Bundesregierung solle aufgefordert werden, unter anderem,

- einen Gesetzentwurf vorzulegen, um einen Rechtsanspruch auf Ausbildung zu verankern, der allen Menschen die Aufnahme einer vollqualifizierenden, mindestens dreijährigen Ausbildung garantiert,
- einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem eine solidarische Umlagefinanzierung geschaffen wird, die alle Betriebe für die Finanzierung der Ausbildung junger Menschen in die Pflicht nimmt und die Ausbildungskapazitäten krisensicher macht. Dabei sollten tarifliche Lösungen wie die Umlagefinanzierung SoKa Bau Vorrang haben und ein Besserstellungsvorbehalt festgeschrieben werden,
- gemeinsam mit den Ländern, Kammern, der Bundesagentur für Arbeit und den Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen mit dem Ziel, dass die überbetriebliche Ausbildung verstärkt gemäß § 10 Absatz 5 des Berufsbildungsgesetzes genutzt wird, um die Ausbildungsbeteiligung kleinerer Unternehmen zu erhöhen, die Qualität solcher Ausbildungen zu sichern sowie überbetriebliche Ausbildungen und Verbundausbildungen zu befördern,
- die Berufsausbildungsvorbereitung so zu gestalten, dass Menschen in ein voll qualifizierendes Ausbildungsverhältnis wechseln können, da die Aufnahme einer Berufsausbildung immer Vorrang haben muss,
- die durch Bund und Länder finanzierte Berufseinstiegsbegleitung stärker flächendeckend zu etablieren, finanziell abzusichern und im Verlauf der Bildungskette – Berufsorientierung, Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung – durchgängig zu fördern,
- das Instrument assistierte Ausbildung flächendeckend auszubauen,
- die rechtlich verbindliche Anrechnung von schulischer und außerbetrieblicher Ausbildungsvorbereitung auf die Berufsausbildung zu gewährleisten,
- unbeschadet der Festlegungen in den Tarifverträgen in § 17 BBiG eine Mindestausbildungsvergütung gesetzlich festzulegen, die einheitlich bei 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen aller Branchen des jeweiligen Ausbildungsjahres liegen soll sowie
- für die schulischen Berufsausbildungen eigene Bundesgesetze zu erlassen, die einen gesetzlich festgeschriebenen Anspruch auf eine angemessene Ausbildungsvergütung in schulischen Berufsausbildungen festlegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 20/2340 in seiner 15. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/2340 in seiner 24. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/2340 in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/2340 in seiner 23. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/2335 in seiner 23. Sitzung am 21. September 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlagen in seiner 14. Sitzung am 6. Juli 2022 im Rahmen eines öffentlichen Fachgesprächs zur Lage der Auszubildenden auf dem Ausbildungsmarkt erstmalig beraten und die Beratung in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 abgeschlossen. In die Beratung einbezogen wurden die von der Bundesregierung als Unterrichtungen auf Drucksachen 19/30295 und 20/1930 vorgelegten Berufsbildungsberichte 2021 und 2022. Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt:

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/2340 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/2335 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Die **Bundesregierung** stellt einleitend dar, dass die beiden Berufsbildungsberichte aus den Jahren 2021 und 2022 wichtige Erkenntnisse zu den Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt insbesondere in Zeiten der Corona-Pandemie lieferten. Dank des großen Einsatzes aller beteiligten Akteure habe der befürchtete weitere Rückgang im dualen System abgefedert werden können. So sei die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Jahr 2021 leicht um 1,2 Prozent auf 473 100 gestiegen. Trotzdem sehe man noch einen deutlichen Abstand zum Ausbildungsniveau vor der Pandemie. Ziel sei es daher, so schnell wie möglich wieder das Niveau der Vorpandemie-

jahre zu erreichen und deutlich darüber hinaus zu kommen. Die Fortführung der Allianz für Aus- und Weiterbildung in dieser Legislaturperiode sei dabei von großer Bedeutung. Gemeinsam mit den Allianzpartnern wolle man mit neuen Akzenten und Impulsen die Qualität, Attraktivität und Integrationskraft der beruflichen Bildung weiter stärken. Trotz pandemiebedingter Herausforderungen hätten Jugendliche und junge Erwachsene in der dualen Ausbildung im Jahr 2021 eine gute Perspektive gehabt. Die Ausbildungsmarktlage habe sich rein rechnerisch für junge Menschen auf Ausbildungsplatzsuche verbessert. Die Zahl der unversorgten Bewerber/-innen sei um circa 16 Prozent zurückgegangen. Dennoch gelinge nicht allen Ausbildungsinteressierten die Aufnahme einer dualen Ausbildung. Hieran wolle die Bundesregierung arbeiten.

Für Betriebe hätten sich wachsende Herausforderungen bei der Besetzung ihrer offenen Ausbildungsstellen ergeben. Der Fachkräftemangel sei eine große Herausforderung und bereits deutlich spürbar. Auszubildende seien nicht nur zur Sicherung und Steigerung der Wirtschaftskraft wichtig, sondern auch bei der Bewältigung globaler Herausforderungen, wie z. B. dem Klimawandel, dem demografischen Wandel und der Digitalisierung. Die Verunsicherung bei jungen Menschen sei in Folge der Pandemie jedoch noch immer groß. Mit dem Sommer der Berufsausbildung 2022 und der bundesweiten Informationskampagne „Die Duale“ wolle man auf allen Ebenen für die vielfältigen Möglichkeiten des dualen Berufsbildungssystems werben und für eine breite Sichtbarkeit von Chancen und Stärken der Beruflichen Bildung in der Gesellschaft sorgen.

Ein wichtiger weiterer Hebel sei eine praxis- und erfahrungsnahe Berufsorientierung – auch an den Gymnasien. Das BMBF fördere bereits seit 2008 kontinuierlich die Berufsorientierung und baue sie weiter digital und an den Schulen aus. Die Sichtbarkeit und Erlebbarkeit der beruflichen Bildung gerade an Gymnasien müsse noch deutlicher werden. Hierbei setze man auf konstruktive Zusammenarbeit mit den Ländern.

Die Bundesregierung stellt fest, dass die Ergebnisse des Berufsbildungsberichts 2022 erste Signale einer Erholung zeigten. Gleichwohl sehe man noch Baustellen, die die Tatkraft aller beteiligten Akteure erforderten. Auch für das Ausbildungsjahr 2022/2023 sei mit weiteren Herausforderungen zu rechnen. Erste Meldungen der Kammern zu den Vertragszahlen für das Ausbildungsjahr 2022/2023 zeigten abermals nur ein stabiles Niveau trotz des weiter wachsenden Angebots. Umso wichtiger sei daher das Vorhaben, mehr junge Menschen für die Ausbildung zu begeistern.

Die Pandemie wirke wie ein Trendbeschleuniger, der auf übergeordnete Entwicklungen wie den Trend zum Studium und höheren Schulabschlüssen sowie den demografischen Wandel und auch wirtschaftliche Transformationsprozesse treffe. Man erlebe, dass die berufliche Bildung unter Druck stehe. Sie verliere einerseits an Relevanz für junge Menschen und gleichzeitig wachse der Bedarf an beruflich qualifizierten Fachkräften. Deshalb habe man sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, der Aus-, Fort- und Weiterbildung mit der Exzellenzinitiative Berufliche Bildung einen weiteren Schub zu geben. Mit der Exzellenzinitiative solle das Berufsbildungssystem insgesamt attraktiver gestaltet und die berufliche Bildung als Aufstieg und Exzellenzmotor neu positioniert werden. Hierbei spreche man eine sehr breite Zielgruppe von jungen Menschen an – sowohl die Jahrgangsbesten als auch diejenigen, die momentan Schwierigkeiten hätten, in die berufliche Bildung zu kommen. Mit einem klaren Fokus und präzisen Aktivitäten werde das duale Berufsbildungssystem in Deutschland nachhaltig gestärkt. Das sich in der Abstimmung befindende Maßnahmenpaket der Exzellenzinitiative werde man noch in diesem Jahr vorstellen und starten.

Im Hinblick auf die Haushaltsberatungen sei zu begrüßen, dass bei der Berufsorientierung etwa 90 Millionen Euro mehr eingeplant seien als noch von der Vorgängerregierung für diesen Zeitraum vorgesehen.

Die **Fraktion der SPD** stellt im Hinblick auf die Zahlen des Berufsbildungsberichts fest, dass die Herausforderungen groß seien. Es sei klar, dass der Fachkräftemangel nicht alleine durch Zuwanderung zu beheben sei, sondern vor allem insgesamt die Attraktivität gesteigert werden müsse, um junge Menschen für die duale Ausbildung zu gewinnen. Im Hinblick auf die Passungsproblematik könne die Digitalisierung viele Möglichkeiten bieten. Allerdings komme es auch auf die Perspektive von jungen Menschen an. Hier würden unter anderem die Wohnungssituation und Mobilität eine entscheidende Rolle spielen. Diesbezüglich seien umfassende Maßnahmen im Koalitionsvertrag vorgesehen.

Auch in der Berufsorientierung bestehe Verbesserungsbedarf, was auch aus dem Ausbildungsreport hervorgehe. Darüber hinaus bedürfe es auch bei der Vermittlung in die Ausbildung breitere Ansätze, insbesondere im Hinblick auf die große Zahl an jungen Menschen, die keine Ausbildung beginnen würden. Neben der Exzellenzinitiative

sei hier insbesondere auf die Ausbildungsplatzgarantie hinzuweisen, welche sich zurzeit in der Ressortabstimmung befinde. Das Übergangssystem wolle man anpassen, damit möglichst viele junge Menschen erreicht werden könnten. Auch Instrumente der Berufsorientierung seien hier miteinzubeziehen. Nur kleinere Instrumente anzupassen, werde nicht reichen. Vielmehr müsse man die duale Ausbildung insgesamt stärken, wie dies auch im Koalitionsvertrag festgehalten sei. An vielen Stellen sei die Bundesregierung hier bereits tätig.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt dar, der Berufsbildungsbericht zeige auf, dass sich die Situation in der Berufsbildungssystem nicht maßgeblich verändert habe. Seit Jahren sei zu beobachten, dass der Ausbildungsmarkt immer kleiner werde. Gleichzeitig gebe es innerhalb des immer kleiner werdenden Marktes noch ein Überangebot an Stellen, da mehr Ausbildungsstellen als Suchende vorhanden seien.

Insgesamt sei die Situation weder in der Vergangenheit noch jetzt zufriedenstellend. Wichtig sei es, dass mehr junge Menschen in das Ausbildungssystem kämen, insbesondere diejenigen, die bisher nicht erreicht würden. Aus diesem Grund sei die Berufsorientierung der entscheidende Schlüssel. Es sei zu begrüßen, dass hierfür mehr Mittel zur Verfügung gestellt würden. Geld alleine helfe an diese Stelle jedoch nicht. Vielmehr seien neue Ideen entscheidend. Hierzu habe die Fraktion der CDU/CSU einen Vorschlag vorgelegt, der Ausfluss aus den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ sei. Demnach brauche es eine individuelle, zielgerichtete sowie an Interessen und Fähigkeiten des Einzelnen ausgerichtete Berufsorientierung. Ausgehend von einer Potentialanalyse, die zweimal während der Schullaufzeit wiederholt werde, sollten sich Praktika und andere Maßnahmen an möglichen Entwicklungspfaden der jungen Menschen orientieren. Erst ein solches System – wie es auch in der betrieblichen Weiterbildung existiere – stelle eine sinnvolle Berufsorientierung dar, sodass individuell der passende Beruf gefunden werden könne.

Der zweite wichtige Punkt, welcher im Antrag der CDU/CSU-Fraktion formuliert werde, sei die Wiederherstellung einer Gleichwertigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung. Bisher gebe es keine tarifliche Gleichwertigkeit. Insbesondere im öffentlichen Dienst werde jemand, der eine Ausbildung mache, zwei bis drei Gruppierungsstufen niedriger eingestuft, als jemand mit gleichwertigem DQR aus dem akademischen Bereich. Diese Unterschiede müssten beseitigt werden und eine Verrechtlichung des DQR erfolgen. Der Blick auf das österreichische Model zeige, dass dies kein Eingriff in die Tarifautonomie sei, sondern nur die Herstellung einer rechtlichen und damit auch politisch notwendigen Gleichwertigkeit.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt zunächst dar, dass es erfreulicherweise deutlich mehr Auszubildende und Ausbildungsplätze in diesem Jahr gebe. Bedenklich sei allerdings, dass die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen stagniere. Daher gehe es um die Frage, wie man junge Menschen in die Ausbildung bekomme. In dem Fachgespräch des Ausschusses am 6. Juli 2022 hätten die Experten und Expertinnen hervorgehoben, dass das soziale Umfeld bei der Berufswahl eine wichtige Rolle spiele. Die Fraktion fragt die Bundesregierung, welche Schlüsse sie hieraus ziehe und welche konkreten Maßnahmen sie neben der Erhöhung der Mittel für die Berufsorientierung ableite.

Der Berufsbildungsbericht stelle einerseits ein Zeugnis für die letzten 16 Jahren Bildungspolitik aus und zeige andererseits, an welcher Stelle es nun Maßnahmen bedürfe, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Auch wenn viele Ausbildungsbetriebe immer noch unter den Auswirkungen der Pandemie zu kämpfen hätten, würden die eigentlichen Probleme noch tiefer liegen. So sei in den letzten Jahren zu wenig für die Attraktivität von Ausbildungsberufen getan worden. Hinzu kämen strukturelle Probleme wie der demografische Wandel, welcher sich bereits seit über 30 Jahren abzeichne, und die Klimakrise. Der Fachkräftemangel müsse daher gemeinsam und konstruktiv angegangen werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehe in der Berufsorientierung eine zentrale Stellschraube, um mehr junge Menschen für Ausbildungsberufe gewinnen zu können. Der im Antrag der CDU/CSU-Fraktion enthaltene Ansatz, durch den Einsatz von KI die Berufsorientierung voranzubringen und das Matching zu verbessern, sei gut, reiche aber nicht aus. Wichtiger sei an dieser Stelle eine Beratung junger Menschen auf Augenhöhe, z. B. durch einen Ausbildungsbotschafter im gleichen Alter, Mentoring-Programme und explizite Angebote für Eltern, die Vorbilder für die Berufs- und Ausbildungswahl ihrer Kinder seien.

Die Problembeschreibung im Antrag der Fraktion DIE LINKE. sehe man nicht grundlegend anders. Auch die Forderungen würden sich nur teilweise von den Vorhaben der Koalitionsfraktionen unterscheiden. So seien eine Ausbildungsplatzgarantie, überbetriebliche Ausbildungsangebote und der Ausbau der Angebote von Berufsausbil-

dungsvorbereitungen vorgesehen. Die geforderte Umlagefinanzierung sehe man hingegen kritisch. Der Berufsbildungsbericht zeige, dass es notwendig sei, mehr auf die regionalen Unterschiede zu achten. Gerade kleine Betriebe in strukturschwachen Regionen wären bereit, mehr auszubilden, fänden aber keine Auszubildenden. Sie hierfür zu bestrafen, wäre falsch. Daher setzte man weiter auf eine gute Berufsorientierung, eine Vereinbarung mit den Ländern sowie den flächendeckenden Ausbau von Jugendberufsagenturen.

Die **Fraktion der AfD** erklärt, sie nehme die Anstrengungen der Bundesregierung zur Kenntnis, Maßnahmen im Bereich der Beruflichen Bildung umzusetzen und auf den Weg zu bringen. Auch den Antrag der CDU/CSU-Fraktion sehe man positiv, zu dem man sich jedoch enthalten werde, da dieser nicht weit genug gehe.

Die berufliche Bildung habe nach Ansicht der AfD-Fraktion an Attraktivität verloren, weil man in den letzten 40 bis 50 Jahren so getan habe, als wären alle Menschen gleich und hätten die gleichen Fähigkeiten. In der öffentlichen Wahrnehmung sei die Chancengleichheit zur Ergebnisgleichheit geworden. Dabei gebe es beispielsweise in der Bewertung von Klassenarbeiten eigentlich eine Gaußsche Normalverteilung, da einige Kinder fähiger seien, Klausuraufgaben zu beantworten, als andere. Es sei zwar richtig, dass auch Akademiker benötigt würden, in der letzten Zeit sei der Fokus jedoch zu sehr auf den Zugang zur Universität gelegt worden. Dabei sei außer Acht gelassen worden, dass die Quote der Studienabbrecher immer größer werde. Gerade in den MINT-Fächern zeige sich sehr deutlich, dass nicht jeder die richtige Wahl treffe. Deshalb sei es auch richtig, die Berufsorientierung zu stärken. Der entscheidende Faktor liege jedoch nicht in den einzelnen zu treffenden Maßnahmen, sondern allgemein in der Wertschätzung gegenüber Ausbildungsberufen. Der derzeitige und zukünftige erhebliche Bedarf an gut ausgebildeten Handwerkern mache diese notwendige Wertschätzung besonders deutlich.

Die **Fraktion der FDP** führt aus, der Bericht bringe sehr deutlich zum Vorschein, dass es in den letzten Jahren trotz Bewusstsein über das Problem keine wesentlichen Maßnahmen gegeben habe, um die berufliche Ausbildung auf einen höheren Stand zu heben. Vielmehr sei immer wieder zu hören gewesen, dass die akademische Bildung hochwertiger sei als die berufliche. An dieser Stelle müsse man immer wieder auf die Gleichwertigkeit und den hohen Stellenwert einer Berufsausbildung in Deutschland hinweisen. Man sei nicht nur im alltäglichen Leben auf Ausbildungsberufe angewiesen, vielmehr seien diese Berufe auch für Deutschland eine Weichenstellung.

Der Berufsbildungsbericht zeige sehr deutlich die derzeit entscheidenden Punkte auf. Die Koalitionsfraktionen würden nun bereits die ersten Trendwendungen vornehmen. Dabei sei eine Berufsorientierung an Gymnasien eine wirkliche Neuerung, da bisher der Grundtenor der Gymnasiallehrer/-innen gewesen sei, dass man für das Studium, aber nicht für einen Beruf ausbilde. Mit den Ländern werde man sehr intensiv daran arbeiten, dass die Berufsvorbereitung und -orientierung an Gymnasien einen neuen Stellenwert bekämen. Daneben sei es auch wichtig, die Vielzahl an Studienabbrechern entsprechend zu adressieren.

Die Fraktion der FDP fragt die Bundesregierung, welche Herangehensweise im Hinblick auf über zwei Millionen Menschen ohne Berufsabschluss geplant sei und welche Maßnahmen es gebe, um diese Menschen ins System zu bringen. Auch bei den über sechs Millionen Menschen in Deutschland, die nicht fließend Lesen und Schreiben könnten, stelle sich die Frage, wie man diese in die Berufsausbildung bringe.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellt fest, dass die Lage am Ausbildungsmarkt angespannt bleibe. Die Zahl neuer Ausbildungsverträge liege weit unter dem Niveau vor der Corona-Pandemie und es bestehe nach wie vor auch die Gefahr eines dauerhaften Substanzverlustes an Ausbildungsplätzen. Es sei schwer abzusehen, inwiefern die Energiekrise diesen Substanzverlust noch verstärken werde.

Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze sei zwar auf 63 200 gestiegen, gleichzeitig gebe es jedoch laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit über 67 000 junge Menschen, die als unversorgte Bewerber/-innen, weiterhin, erneut oder erstmalig eine Ausbildungsstelle für einen sofortigen Ausbildungsbeginn suchten. Hinzu kämen über 20 000 junge Menschen, für die kein Vermittlungsauftrag mehr bestehe, die sich aber arbeitssuchend gemeldet hätten. Auch letztes Jahr seien zudem wieder 228 000 junge Menschen im Übergangssystem gelandet, welches zu keinem Ausbildungsabschluss führe. Nur zwei von drei fänden den Weg in die Ausbildung. Dies allein mit Passungsproblemen zu begründen, gehe am Kern des Problems vorbei. Entscheidend sei vielmehr, dass es nicht genügend Ausbildungsplätze gebe und weniger als 20 Prozent der Betriebe ausbilden würden. Die Wirtschaft habe auch die Verantwortung dafür zu sorgen, dass es genügend Fachkräfte gebe.

Zudem mangle es in einigen Branchen an Ausbildungsqualität und guten Ausbildungsbedingungen. Der gerade veröffentlichte Ausbildungsreport der DGB Jugend enthalte alarmierende Befunde zu ausbildungsfremden Tätigkeiten, Überstunden, fehlenden notwendigen Arbeitsmaterialien und Kürzungen der Ausbildungsvergütung bei

fast 25 Prozent der Befragten. Hinzu komme das Problem der Warteschleife des Übergangssystems, welches in der Regel zu keiner vollqualifizierten Ausbildung führe. Dies sei nicht nur den individuellen Problematiken geschuldet, sondern ein strukturelles Problem. Am Ende von berufsvorbereitenden Maßnahmen müsse ein verbindliches Ausbildungsangebot stehen.

Hinsichtlich des eigenen Antrags betont die Fraktion DIE LINKE. die Notwendigkeit der solidarischen Umlagefinanzierung. Es brauche Investitionen für gute Qualität sowie deutlich mehr Personal an den Berufsschulen. Des Weiteren müsse der Dynamik der Bestenauslese entgegengewirkt werden. Wer einen Schulabschluss habe – auch wenn es ein Haupt- oder Mittelschulabschluss sei – dürfe nicht vom Ausbildungsmarkt ausgeschlossen werden, wie es derzeit der Fall sei. Zudem sollte die assistierte Ausbildung flächendeckend ausgebaut werden. Auch der kontraproduktive Begriff der „Ausbildungsreife“ der Bundesagentur für Arbeit sollte abgeschafft werden.

Die **Bundesregierung** geht auf die aufgeworfene Frage zu der Rolle des sozialen Umfelds für die Berufsorientierung ein. Man wisse aus vielen Studien, dass für die Wahl sowohl des jeweiligen Berufs als auch der Frage nach beruflicher oder akademischer Ausbildung das Elternhaus und das direkte soziale Umfeld entscheidende Faktoren seien. Daher liege an dieser Stelle auch ein Fokus der Bundesregierung. Exemplarische sei hier auf eine breit angelegte Öffentlichkeitskampagne hinzuweisen, die insbesondere auch bei den Zielgruppen des Elternhauses und des sozialen Umfelds das Image der dualen Ausbildung stärken solle. Neben den Maßnahmen des BMBF würden hier andere beteiligte Akteure gleichermaßen Verantwortung tragen. Dies betreffe insbesondere die Länder und Schulen, aber auch die Wirtschaft. Das erforderliche gesellschaftliche Umdenken mit einem starken Fokus auf die Berufliche Bildung sei nur zu schaffen, wenn man gemeinsam agiere.

Hinsichtlich der über zwei Millionen jungen Menschen, die ohne Abschluss ins Arbeitsleben starten würden, gebe es eine Reihe an Instrumenten, um diese in die Qualifizierung zu bringen. Einen klaren Schwerpunkt sehe man in der Ausbildungsgarantie, welche in der Zuständigkeit des BMAS liege. Weitere vorgesehene Instrumente seien beispielsweise die Einstiegsqualifizierung, ausbildungsbegleitende Hilfen sowie Angebote der Bundesagentur für Arbeit. Das BMBF stimme sich ressortübergreifend mit dem BMAS sehr eng ab, um die Synergien gemeinsam zu nutzen. Ähnlich sei dies auch beim Thema Lese- und Schreibmöglichkeiten. Hier gebe es der Bundesagentur für Arbeit beispielsweise auch berufsbezogene Sprachkurse. Auch bei der Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung (AlphaDekade) werde dieses Thema adressiert, wobei die hauptbetroffene Zielgruppe eher im höheren Alter liege, gleichwohl man auch die jüngere Zielgruppe mit im Blick habe. An dieser Stelle sei auch auf die Initiative „Bildungsketten“ hinzuweisen, bei der die Bundes- mit den Landesregierungen individuell Schwerpunkte setzen könnten. Es gebe eine Vielzahl an Projekten, unter anderem auch, um Geflüchteten und Zugewanderten zielgerichtete Unterstützung für die Integration in eine berufliche Ausbildung anzubieten. Schließlich sei zu betonen, dass man sich bereits heute in einer erheblichen Fachkräftemangelsituation befinde, weshalb man auf kein Talent verzichten dürfe.

Berlin, den 21. September 2022

Jessica Rosenthal
Berichterstatlerin

Stephan Albani
Berichterstatter

Dr. Anja Reinalter
Berichterstatlerin

Friedhelm Boginski
Berichterstatter

Nicole Höchst
Berichterstatlerin

Nicole Gohlke
Berichterstatlerin

